

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Christian Nüsser FDP

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Manuel Froh	Volt
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmis-Arend	SPD
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Mario Michalak	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU
Herr Florian Weber	CDU

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Herr Hupke begrüßt die Presse, Herrn Meurers (Seniorenvertretung), Fachverwaltung und Bezirksvertretungsmitglieder. Er stellt den fristgerechten Zugang der Einladung fest, weist auf die vorliegende aktualisierte Tagesordnung hin und fragt, ob es hierzu Wortmeldungen gebe.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, bittet TOP 3.18 in eine gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss zu schieben, zu TOP 3.19 meldet sie Beratungsbedarf an und zu TOP 5.2.2 soll der im Beschluss erwähnte Ortstermin vor dem Beschluss erfolgen.

Herr Cremer, SPD, bittet TOP 5.1.1 bis zur Durchführung des Fachgesprächs zu vertagen.

Herr Leitner, CDU, bittet folgende Mitteilungen wie im Verkehrsausschuss zu vertagen: 9.6, 9.11, 9.13, 9.14, 9.18 und 9.19. Zu dem Ortstermin zu TOP 5.2.1 sollten zusätzlich Frau Rosenstein (Lichtsignalanlagen), KVB.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A - Unterstützung der Trierer Erklärung zu Demokratie und Menschenwürde

B - Verabschiedung Frau Utku, B90/Die Grünen

- 1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**
- 1.1 Einwohneranfrage - Illegale Werbung auf Hauswänden in Köln-Innenstadt

Illegale Werbung auf Hauswänden in Köln
0175/2024
- 1.2 Einwohnerfrage - Entwicklung der Zahl der Hunde in den Stadtteilen Altstadt/Nord und Neustadt/Nord sowie Hundefreilaufflächen
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
- 3.1 Dauerhafte Aufstellung der Rodin-Skulptur am Neumarkt
1261/2023
- 3.2 Parkraumbewirtschaftung Parkplatz Judenkirchhofsweg in Köln-Deutz
3202/2023
- 3.3 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023
3033/2023
- 3.3.1 Genehmigung DE - Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023
4030/2023
- 3.4 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt
Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt Köln
hier: Beschluss von Grundsätzen für die Entwicklung des Räumlichen Plans
3276/2023
- 3.5 Brandschutzsanierung und Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bf
Deutz/Messe
Baubeschluss
1941/2023
- 3.6 Schulrechtliche Errichtung einer 3-zügigen Grundschule am Standort Friedrich-Karl-Straße 64, 50737 Köln, bei gleichzeitiger Änderung der Montessori-Grundschule, GGS Gilbachstraße, 50672 Köln, durch Auflösung des Teilstandorts Stammheimer Straße 101, 50735 Köln-Riehl, und Zügigkeitsreduzierung auf 2 Züge
3205/2023
- 3.7 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2024 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4014/2023
- 3.8 Ordnungsbehördliche Verordnung für die Jahre 2024 - 2026 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4016/2023

- 3.9 Baubeschluss Generalsanierung des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln, Roncalliplatz 4, 50667 Köln
2794/2023
- 3.10 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss
3371/2023
- 3.11 Genehmigung DE - 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
3218/2023/1
- 3.12 Genehmigung DE - Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ hier:
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats
3650/2023/1
- Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
hier:
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats
3650/2023
- 3.13 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
hier:
Geschäftsordnung des Innenstadtbeirats
4123/2023
- 3.14 Genehmigung DE - Förderung der Veedelszüge - Mittelvergabe
4148/2023
- 3.15 Genehmigung DE - Straßenkarneval 2024 – Durchführung einer dezentralen Veranstaltung – Entscheidung und Mittelvergabe
4134/2023
- 3.16 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für das 1. und 2. Halbjahr 2024
4048/2023
- 3.17 Erweiterter Planungsbeschluss für die Nachrüstung von zwei Zugangstrepfen an der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz sowie das Führen eines 2. Aufzugs an die Oberfläche im Rahmen der Aufzugsnachrüstung
2996/2023
- 3.18 Neue Geh- und Radwegebrücke südlich der Hohenzollernbrücke
Erweiterter Planungsbeschluss
0200/2023

- 3.19 Bewirtschaftung von Parkplätzen an städtischen Schulen; Modifizierung Ratsbeschluss 2131/2012
1048/2023
- 3.20 Veedelszüge in der Innenstadt - Mittelvergabe 2024
0332/2024
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche
2892/2023
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.1.1 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD
AN/1311/2020
- 5.1.2 Parken von Wohnmobilen/Wohnanhängern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Antrag SPD und Die Partei
AN/1955/2023
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Überweg Rheinuferstraße Römerpark Richtung Rheinufer/Kap am Südkai gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0029/2024
- 5.2.2 Neuordnung von Parkraum am Düxer Bock, Antrag CDU
AN/0037/2024
- 5.2.3 Freigabe Altenberger Straße für den Radverkehr, gem. Antrag Die Linke und KlimaFreunde
AN/2187/2023
- 5.2.4 Erbbaurechtsvertrag Gotland e.V., gem. Dringlichkeitsantrag B90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0156/2024
- 6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter**

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne AN/0153/2023
 - 6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die Grünen AN/0244/2023
 - 6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer Grüngürtel AN/0425/2023
 - 6.1.4 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen AN/0814/2023
 - 6.1.5 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen AN/1451/2023

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) vom 24.08.2023 (Session-Nr. AN/1451/2023) betreffend „Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz“
4145/2023
 - 6.1.6 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, Anfrag B90/Die Grünen AN/1772/2023
 - 6.1.7 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen AN/1814/2023
 - 6.1.8 Sanierung des Quäker-Nachbarschaftsheims/Norbert-Burger-Bürgerzentrum, Anfrage SPD AN/1957/2023
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 9.1 Projekt „Überprüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus“
Hier: Handlungsempfehlung für die Mohrenstraße in Köln-Altstadt/Nord 3020/2023

- 9.2 Temporäre Einrichtung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen auf der Trankgasse
2818/2023
- 9.3 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO– Blindenleitstreifen Deutzer Bahnhof, Aktenzeichen: 96/23
3932/2023
- 9.4 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO - Vermüllung und Verwahrlosung öffentlicher Flächen im Bereich Grünflächen Zoo-/Flora-Umfeld, Aktenzeichen 162/23
3951/2023
- 9.5 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche Sportangebote – Rückblick „Kölle aktiv“ 2023 und Ausblick 2024
3803/2023
- 9.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO - Verkehrsversuche in Köln / Überprüfung des Eifelwalls, Aktenzeichen 150/23
3966/2023
- 9.7 Aktionsplan Klimaschutz
4000/2023
- 9.8 Sachstand zum Pilotprojekt für die Reinigung schadstoffbelasteter Luft in Städten
0035/2023/3
- 9.9 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023
- 9.10 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Parken in der Deutz-Kalker-Straße, Köln-Deutz, Aktenzeichen: 93/23
0107/2024
- 9.11 Teileinziehung von Straßenteilstücken im Bereich der Ehrenstraße und der Breite Straße
0065/2024
- 9.12 Deutzer Hafen – Wettbewerb Baufeld Ost 03
Hier: Auslobung eines nichtoffenen hochbaulichen Realisierungswettbewerbs nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013)
0108/2024
- 9.13 Ergebnisse der Überprüfung bereits umgesetzter verkehrlicher Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs auf Rechtmäßigkeit
3215/2023
- 9.14 Teileinziehung von Straßen und Straßenteilstücken im Bereich der Altstadt
0027/2024

- 9.15 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Gesperre Zülpicher Straße-Schleichweg über die Uni-Wiese, Aktenzeichen 172/23 0159/2024
- 9.16 Sachstand Alfred-Schütte-Allee 4036/2023
- 9.17 Sachstandsbericht 0340/2024
- 9.18 Weihnachtsverkehr 2023 0304/2024
- 9.19 Auswertung Verkehrsversuch Deutzer Freiheit 3252/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

2 Verwaltungsvorlagen

- 2.1 Genehmigung DE - Anpassung des Planungs- und Genehmigungsprozesses zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektroautos im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln 3847/2023/1

3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Besetzung der Schulleitung an dem Gymnasium Friedrich-Wilhelm, Severinstr. 241, 50676 Köln 0018/2024
- 3.2 Besetzung der Schulleitung an der Förderschule Paul-Maar, Marienplatz 2, 50676 Köln 0024/2024
- 3.3 Auswahlverfahren für die Durchführung der Volksfeste 2024 in Deutz 3535/2023
aus der Sitzung 23.11.2023 mit erneuter Wiedervorlage

4 Bericht aus den Beiräten

- 4.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
 - 4.1.1 Niederschrift der 5. Sitzung des Gestaltungsbeirates in der Wahlperiode 2023/2029 am 17.10.2023 3814/2023

4.1.2 Niederschrift der 6. Sitzung des Gestaltungsbeirates in der Wahlperiode
2023/2029 am 05.12.2023
0029/2024

4.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

5 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

A - Unterstützung der Trierer Erklärung zu Demokratie und Menschenwürde

Frau Cazier, B90/Die Grünen, gibt im Namen aller Mitglieder der Bezirksvertretung Innenstadt folgende Erklärung ab: „Wir stellen uns an die Seite der Demonstrant*innen, die sich für die Demokratie einsetzen und schließen uns der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.“

Beschluss:

Wir stellen uns an die Seite der Demonstrant*innen, die sich für die Demokratie einsetzen und schließen uns der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

B - Verabschiedung Frau Utku, B90/Die Grünen

Herr Bezirksbürgermeister Hupke dankt Frau Utku, B90/Die Grünen, für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Bezirksvertretung Innenstadt mit dem Schwerpunkt „Essbare Stadt“. Er hofft, dass die Arbeit Früchte trägt und die Stadt ökologischer wird. Sie erhält als erste in dieser Session den Karnevalsorden des Bezirksbürgermeisters.

Frau Utku, B90/Die Grünen, dankt allen und wünscht weiterhin viel Erfolg.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, dankt für die Fraktion B90/Die Grünen Frau Utku für ihr Engagement und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg im Umweltausschuss.

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Einwohneranfrage - Illegale Werbung auf Hauswänden in Köln-Innenstadt

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist auf die vorliegenden Fragen sowie deren Beantwortung hin und liest diese vor.

Auf Nachfrage von Frau Cazier, B90/Die Grünen, warum in den letzten 24 Monaten keine Bußgelder erhoben wurden, teilt Herr Pahlke, Bauaufsichtsamt, mit, dass dies zum 01.01.2024 eingeführt worden sei und bis 31.12.2023 keine Bußgelder erhoben wurden.

Auf die Frage von Frau Wienke, Die Linke, nach der Anzahl der genehmigten Anträge für Plakate, kann Herr Pahlke keine Anzahl nennen und weist darauf hin, dass noch andere Ämter betroffen seien. Es handele sich meist um Werbeanlagen an einem Gerüst. Nach seiner Ansicht, sei es sinnvoll bei der Genehmigung der Sondernutzungs-erlaubnis zu regeln, ob diese mit Werbung oder ohne Werbung erfolge.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, äußert deutlich seinen Unmut über die schriftlich vorliegende Beantwortung und betont, dass Bürgerinnen und Bürger ein berechtigtes Interesse hätten, diese Dinge zu klären. Dabei sei es egal, welche Dienststelle der Verwaltung zuständig sei. Die Beantwortung einer Frage mit „nein“ bleibe unbefriedigend, eine inhaltlich umfassende abgestimmte Antwort der Verwaltung sei erforderlich. Die Antwort sei weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger noch der Politik hinreichend.

Herr Pahlke beantwortet die Fragen von Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, dass nur auf Hinweise geprüft werde und von Frau Kader, Die Partei, dass Bußgelder ab 500 € bis Ende offen erhoben werden können.

Herrn Meurers, Seniorenvertretung ist kein Gesetz bekannt, dass sich zum 01.01.2024 geändert habe und Bußgelder erst ab diesem Zeitpunkt erlaube.

Herr Pahlke weist darauf hin, dass bisher keine Bußgelder erhoben wurden, es aber andere Sanktionierungsmittel gebe.

Zu Antwort 2 ergänzt Herr Pahlke, dass derzeit eine gerichtliche Klärung erfolge.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, fragt, unter welchen Umständen die Verwaltung dort nachbessern würde und, ob man sich vorbereite eindeutige Regelungen zu treffen.

Herr Pahlke verweist auf die Bauordnung und die Gesetze, an die man sich halten müsse, Divergenzen würden dann geklärt.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, kritisiert deutlich den Umgang mit dieser Einwohneranfrage und erklärt, dass die knappe Beantwortung weder für die Bürgerin noch für die Politik zufriedenstellend sei. Sie bittet um einen respektvollen Umgang, der die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.

Frau Dr. Börschel, SPD, schließt sich der Kritik an. Es sei für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Bezirksvertretung sehr unbefriedigend, wenn hinter einer Anfrage mehr Aufwand stecke als hinter der Beantwortung. Es müsse deutlich werden, in welchen verschiedenen „Rechtskreisen“ (Bauordnung, gestalterische Fragen, Werbesatzungen usw.) man sich befinde. Dies mache das Ganze virulent, zumal verschiedene Ämter tangiert seien.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist auf die unterschiedlichen Sparten von Werbung hin. Die Werbung auf Fassaden sei teils im Grundbuch eingetragen, was beispielsweise eine Änderung durch eine Eigentümergemeinschaft verhindere. Eine weitere Variante seien Plakate (sog. blow ups), die an Häuserwänden hängen, eine dritte Variante Werbung mit Planen an Gerüsten. Diese Planen hingen teils legal und teils illegal, da gar nicht gebaut werde. Durch die Gerüste sei der Gehweg nicht mehr barrierefrei, der öffentliche Raum werde optisch vermüllt. Diesbezüglich habe er bereits drei Dezernenten angeschrieben und bisher keine Rückmeldung erhalten. In der nächsten Sitzung soll dazu ein gemeinsamer Antrag an den Rat gerichtet werden.

Herr Leitner, CDU, dankt für die Antwortversuche, die etwas empathiefrei seien und dadurch Betroffenheit auslösen. Wenn die Fachverwaltung mehr Beteiligung an dem Anliegen gezeigt hätte, wäre die Bezirksvertretung sicher auch weniger deutlich geworden. Einer Verwaltung die bürgerorientiert sein möchte, stünden einsilbige Worte weniger zu. Der Bürger erwarte Erklärungen und Beantwortungen, die Kommunikation sei verbesserungsbedürftig. Eine Prüfung, ob Werbesatzung und Gestaltungshandbuch verletzt würden, wäre wichtig gewesen. Die Bezirksvertretung müsse wissen, was zulässig sei und was nicht. Er bittet um Information, wann und aus welchem Grund in der Innenstadt ein Bußgeld ab 01.01.2024 verhängt worden sei, statt auf einzelne Nachfragen der Bezirksvertretung zu jedem Plakat zu warten. Er appelliert an einen freundlichen Dialog mit der Bezirksvertretung.

Herr Pahlke antwortet, dass die Werbesatzung seit Inkrafttreten für neue Bauvorhaben gelte und angewendet werde. Daher müssten Meldungen im Einzelfall auch im Hinblick auf Bestandsschutz geprüft werden.

Herr Cremer, SPD, begrüßt, wenn die Stadt ein gewisses Flair von Urbanität habe, dies zeichne sich auch durch Werbung aus. Diese sei auch Teil des freien Lebens und ein Zeichen unserer Konsumgesellschaft. Daher möchte er klar differenzieren zwi-

schen illegaler Werbung und legaler Werbung. In Berlin beispielsweise würden Großbaustellen mit Plakaten mit nachgebildeten Gebäuden abgehängt und darauf sei eine kleine Werbung postiert. Eine totale Vermüllung sehe er nicht darin.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke stellt klar, dass es nur um illegale Werbung gehe.

Ergänzend zu Antwort 4 ergänzt Herr Pahlke, dass es auch andere Möglichkeiten als Bußgelder z. B. Zwangsgelder gebe.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, beantragt, dass **die Antwort der Verwaltung auf die Einwohneranfrage zurückgewiesen und die Verwaltung beauftragt werde zur nächsten Sitzung eine verwaltungsintern abgestimmte, umfassende Antwort vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Illegale Werbung auf Hauswänden in Köln 0175/2024

1.2 Einwohnerfrage - Entwicklung der Zahl der Hunde in den Stadtteilen Altstadt/Nord und Neustadt/Nord sowie Hundefreilaufflächen

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Beschluss:

Als Stimmzähler werden Frau Wienke, Frau Roggenbrodt und Herr Leitner benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Dauerhafte Aufstellung der Rodin-Skulptur am Neumarkt 1261/2023

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, stellt den Ersetzungsantrag, dass die Bezirksvertretung Innenstadt sich dem Votum des Kunstbeirates vom 10.11.2023 anschließen soll und sich damit für eine vorübergehende Verlängerung der Genehmigung von höchstens zwei Jahren ausspreche.

Frau Wienke, Die Linke, stimmt auch dem Votum des Kunstbeirates zu. Die Evaluation sei wenig aussagekräftig und der jetzige Standort ungeeignet. Die Argumentation der Stadt und des Spenders, dass die Statue Drogendealer und „Gesocks“ vertreiben soll, sei nicht nur zynisch, sondern ein durchsichtiger Vorwand des Kunsthauses Lempertz einen monströsen Werbestopper für das Kunsthaus im öffentlichen Raum zu plazieren. Sie kritisiert die unterschiedliche Handhabung der Sondernutzung und deren problemlose Verlängerung für diese Werbung im öffentlichen Raum. Im Gegensatz dazu sei die Sondernutzung für die Statue, die an den Völkermord der Armenier erinnere, nicht verlängert und im Gegenteil entgegen der Beschlüsse der Bezirksvertretung abgeräumt worden.

Herr Leitner, CDU, gibt als Mitglied des Kunstbeirates für die CDU-Fraktion die Abstimmung frei. Er schließt sich dem Votum des Kunstbeirates an.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt schließt sich dem Beschluss des Kunstbeirates vom 10.11.2023 an und spricht sich für eine neuerliche temporäre Genehmigung der Skulptur von höchstens zwei Jahren aus, um Zeit zur Identifizierung eines neuen Standorts zu gewinnen. Sehr gerne ist die Geschäftsführung des Kunstbeirates und Herr Prof. Krebber als Mitglied des Kunstbeirates dem Kunsthaus Lempertz bei der Suche nach einem optimalen Standort für den Rodin behilflich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Frau Wienke (Die Linke).

3.2 Parkraumbewirtschaftung Parkplatz Judenkirchhofsweg in Köln-Deutz 3202/2023

Herr Bezirksbürgermeister Hupke berichtet von dem Ortstermin. Bisher finden Besucherinnen und Besucher des Friedhofs keinen Parkplatz auf dem kostenlosen Parkplatz am Judenkirchhofsweg. Daher sollen zukünftig **zwei** bewirtschaftete Parkplätze eingerichtet werden, nur im Bedarfsfall könne die Anzahl der Parkplätze auf **drei** bewirtschaftete Parkplätze erhöht werden.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Einrichtung von **2** bewirtschafteten Parkplätzen auf dem Parkplatz Judenkirchhofsweg in Köln-Deutz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023 3033/2023

Hinweis: Aufgrund der Dringlichkeitsentscheidung TOP 3.3.1 Vorlagennummer 4030/2023 erledigt.

3.3.1 Genehmigung DE - Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023 4030/2023

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023“ als Rahmenplanung. Mit ihr wird ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen sowie über Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemeinbildender Schulen gegeben und dient als Kompass für die Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft.
2. beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und unter Beachtung und intensiver

Prüfung der Beschlüsse und Stellungnahmen der Schulkonferenzen und der Bezirksvertretungen die erforderlichen schulorganisatorischen Maßnahmen vorzubereiten und als gesonderte Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen.

3. begrüßt in diesem Zusammenhang die entsprechende Initiative der Verwaltung und beauftragt sie, ab 2024 schrittweise aktiv auf die Bezirksvertretungen bzw. Bezirke zuzugehen, um in Fachgesprächen bzw. Workshops Perspektiven zu erläutern, Umsetzungsstrategien weiter zu qualifizieren und Ideen auszutauschen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Höhenentwicklungskonzept für die Innere Stadt Köln hier: Beschluss von Grundsätzen für die Entwicklung des Räumlichen Plans 3276/2023

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, begrüßt, dass der Prozess fortgeführt werde, um ein Gerüst für weitere Entscheidungen zu erhalten. Er plädiert für die Verknüpfung von verkehrspolitischen Maßnahmen und Stadtplanung. Keiner der acht Grundsätze beschäftige sich ernsthaft mit Mobilität, dies sei bei Hochhäusern aber ein zentraler Faktor. In den Niederlanden stünden die Hochhäuser direkt am Bahnhof oder seien gut erreichbar, es erfolge eine konsistente Verknüpfung. Er stellt folgenden Änderungsantrag: „Im Höhenentwicklungskonzept sollen verkehrliche Anbindungen als zusätzlicher Grundsatz berücksichtigt werden ("Grundsatz 9"). Hierbei sollten Hochpunkte insbesondere im direkten Umfeld von SPNV / ÖPNV-Haltepunkten mit guter Radverkehrsinfrastruktur bzw. an den Straßen des MIV Grundnetzes ermöglicht und bei fehlender Erschließung perspektivisch ausgeschlossen werden. Insbesondere Gebiete im Umfeld von gebündelten SPNV bzw. ÖPNV-Umsteigepunkten sollten als "Möglichkeitsbereich" definiert, Gebiet mit fehlender schienengebundener Erschließung als "Ausschlussgebiete".“

Herr Leitner, CDU, bittet bei Grundsatz 1 um Ergänzung der römischen und mittelalterlichen Stadtmauern. Es ginge nicht nur um die Kirchen und den Dom, sondern das gesamte Stadtbild.

Frau Wienke, Die Linke, stellt folgende Fragen, die bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.02.2024 beantwortet werden sollen.

1. Entgegen der vielfach herbei fantasierten Engpässe im Bereich Büroraum, mangelt es der Stadt faktisch an Wohnraum. In welchem Umfang gibt es Hochbaupläne, die diesem Missverhältnis effektiv entgegenwirken könnten? Wieviel Wohnfläche konnte seit der Kommunalwahl in Hochhäusern im Bezirk Innenstadt realisiert werden?
2. Wie kann es der Stadt Köln nachhaltig gelingen, dass Hochhäuser einen deutlichen und nachvollziehbaren Mehrwert für die Allgemeinheit erzeugen und somit zukünftig auf breitere Akzeptanz stoßen? Inwieweit lassen sich die bestehenden Vorgaben zur Konzeptvergabe u.a. heranziehen, um zukünftig soziale Nutzungen in Hochbauten verbindlich zu integrieren (Wohnen, Kultur, Sozialeinrichtungen, Mehrgenerationenprojekte, etc.)?

3. Der exorbitant verdichtete Stadtbezirk Innenstadt (124.000 Einwohner*innen auf 16,4 Quadratkilometern) gebietet es zwingend, auch vertikal zu denken und zu planen. Zwecks effektiver Nutzung der begrenzten Flächen sind sowohl ökologische Standards zu setzen als auch sozial integrative Ansätze zu fördern. Warum verzichten die Planungsbehörden darauf, entsprechende Kriterien zu Mischnutzungen und Nutzungsvielfalt in die Ausschreibungs-, Jury- und Planfeststellungs-Vorgaben zu nehmen?
4. Inwieweit kann ausgeschlossen werden, dass „Synergien zwischen Adressbildung für ein neues Vorhaben und die Profilierung der bestehenden Lagen“ (Grundsatz 6) in den sog. Campusstandorten nicht zu unerwünschten Aufwertungsprozessen, Mietsteigerungen, Verdrängungen, etc. führen (Mülheim-Süd, Otto-Langen-Quartier)?

Frau Dr. Börschel, SPD, führt aus, dass es darum gehe, wo aus stadtgestalterischer Sicht ein Bauen in der Höhe verträglich sei. Dies sei der Versuch eines städtebaulichen Steuerungsinstrumentes. Sie fragt sich, ob verkehrliche und soziale Aspekte mit diesem Konzept abgedeckt werden sollen oder man es damit überfrachte.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke schlägt vor, den ergänzten Beschluss vorbehaltlich der Beantwortung der Fragen bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu fassen, wenn darüber politische Einigkeit bestehe.

Herr Scheffer, Die Linke, teilt nicht die Auffassung, dass das Höhenentwicklungskonzept durch die weiteren genannten Aspekte überfrachtet werde.

Herr Leitner, CDU, betont, dass St. Maria Himmelfahrt auch zur stadtbilddefinierenden Silhouette gehöre und formuliert folgenden Ergänzungsantrag: „Ergänzend zum Dom und den romanischen Kirchen ist die stadtbilddefinierende Silhouette um St. Maria Himmelfahrt, die gotischen Kirchen Kartäuserkirche, Antoniterkirche, Minoriten Kirche und mittelalterliche Stadttore zu erweitern.“

Ergänzter Beschluss (Änderungsanträge von B90/Die Grünen (Verkehr/ÖPNV) und CDU (stadtbilddefinierende Silhouette):

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen und fasst diesen Beschluss vorbehaltlich der Beantwortung der Fragen bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses: Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die formulierten Grundsätze (gemäß Anlage 2, Kap. 2) als Grundlage für die Entwicklung des Räumlichen Plans.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Entwurf zum Räumlichen Plan (gemäß Anlage 2, Kap. 3) sowie die Prozessgestaltung (gemäß Anlage 2, Kap. 4) zur Erarbeitung des Räumlichen Plans für das Höhenentwicklungskonzept zur Kenntnis.

Die Bezirksvertretung Innenstadt fordert den Rat auf, die folgende Maßgabe für das weitere Vorgehen im Höhenentwicklungskonzept zu beschließen:

Im Höhenentwicklungskonzept sollen verkehrliche Anbindungen als zusätzlicher Grundsatz berücksichtigt werden ("Grundsatz 9"). Hierbei sollten Hochpunkte insbesondere im direkten Umfeld von SPNV / ÖPNV-Haltepunkten mit guter Radverkehrsinfrastruktur bzw. an den Straßen des MIV Grundnetzes ermöglicht und bei fehlender Erschließung perspektivisch ausgeschlossen werden. Insbesondere Gebiete im Umfeld von gebündelten SPNV bzw. ÖPNV-Umsteigepunkten sollten als "Möglichkeitsbereich" definiert, Gebiet mit fehlender schienengebundener Erschließung als "Ausschlussgebiete".

Ergänzend zum Dom und den romanischen Kirchen ist die stadtbilddefinierende Silhouette um St. Maria Himmelfahrt, die gotischen Kirchen Kartäuserkirche, Antoniterkirche, Minoriten Kirche und mittelalterliche Stadttore zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Frau Dr. Börschel (SPD)

Fragen (Die Linke):

1. **Entgegen der vielfach herbei fantasierten Engpässe im Bereich Büroraum, mangelt es der Stadt faktisch an Wohnraum. In welchem Umfang gibt es Hochbaupläne, die diesem Missverhältnis effektiv entgegenwirken könnten? Wieviel Wohnfläche konnte seit der Kommunalwahl in Hochhäusern im Bezirk Innenstadt realisiert werden?**
3. **Wie kann es der Stadt Köln nachhaltig gelingen, dass Hochhäuser einen deutlichen und nachvollziehbaren Mehrwert für die Allgemeinheit erzeugen und somit zukünftig auf breitere Akzeptanz stoßen? Inwieweit lassen sich die bestehenden Vorgaben zur Konzeptvergabe u.a. heranziehen, um zukünftig soziale Nutzungen in Hochbauten verbindlich zu integrieren (Wohnen, Kultur, Sozial-einrichtungen, Mehrgenerationenprojekte, etc.)?**
4. **Der exorbitant verdichtete Stadtbezirk Innenstadt (124.000 Einwohner*innen auf 16,4 Quadratkilometern) gebietet es zwingend, auch vertikal zu denken und zu planen. Zwecks effektiver Nutzung der begrenzten Flächen sind sowohl ökologische Standards zu setzen als auch sozial integrative Ansätze zu fördern. Warum verzichten die Planungsbehörden darauf, entsprechende Kriterien zu Mischnutzungen und Nutzungsvielfalt in die Ausschreibungs-, Jury- und Planfeststellungs-Vorgaben zu nehmen?**
5. **Inwieweit kann ausgeschlossen werden, dass „Synergien zwischen Adressbildung für ein neues Vorhaben und die Profilierung der bestehenden Lagen“ (Grundsatz 6) in den sog. Campusstandorten nicht zu unerwünschten Aufwertungsprozessen, Mietsteigerungen, Verdrängungen, etc. führen (Mülheim-Süd, Otto-Langen-Quartier)?**

**3.5 Brandschutzsanierung und Neugestaltung der Stadtbahnhaltestelle Bf Deutz/Messe
Baubeschluss
1941/2023**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, mit der Durchführung der Grunderneuerung und Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe mit städtischen Gesamtkosten (Planungs- und Baukosten) in Höhe von rund 62.000.000 € brutto vor Förderung.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 70.000 € im Haushaltsjahr 2023, sowie die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 18.310.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027 (6.000.000 € in 2025, 6.000.000 € in 2026, 6.310.000 € in 2027) im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der

Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPN, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 6903-1202-1-0130, Hst. Deutz/Messe.

Der Beschluss beinhaltet zudem die Verbesserung der Barrierefreiheit durch die Erneuerung von taktilen Elementen in der Verteiler- und Fahrebene, sowie im Verbindungstunnel zur Messe Köln.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Innenstadt und der Stadtentwicklungsausschuss uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.6 Schulrechtliche Errichtung einer 3-zügigen Grundschule am Standort Friedrich-Karl-Straße 64, 50737 Köln, bei gleichzeitiger Änderung der Montessori-Grundschule, GGS Gilbachstraße, 50672 Köln, durch Auflösung des Teilstandorts Stammheimer Straße 101, 50735 Köln-Riehl, und Zügigkeitsreduzierung auf 2 Züge
3205/2023**

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung einer Grundschule am Standort Friedrich-Karl-Straße 64, 50737 Köln-Nippes zum Schuljahr 2025/26 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW. Die Kapazität der neuen Grundschule wird auf 3 Züge festgelegt. Die neue Grundschule soll gemäß § 9 Abs. 2 Schulgesetz NRW als offene Ganztagschule geführt werden.
- 2) Der Rat der Stadt Köln wünscht, dass an der neuen Grundschule Gemeinsames Lernen eingerichtet wird und erteilt der Schulaufsichtsbehörde bereits mit diesem Beschluss die Zustimmung gemäß § 20 Abs. 5 Schulgesetz NRW.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde zu Punkt 1, den Teilstandort der Montessori-Grundschule, GGS Gilbachstraße 20, 50672 Köln-Neustadt/Nord am Standort Stammheimer Straße 101, 50735 Köln-Riehl gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW aufzulösen.
- 4) Der Rat der Stadt Köln beschließt in Konsequenz gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Änderung der Zügigkeit der Montessori-Schule, GGS Gilbachstraße 20, 50672 Köln-Neustadt/Nord von derzeit 4 Zügen auf 2 Züge zu reduzieren. Die Montessori-Grundschule wird zukünftig ausschließlich am Standort Gilbachstraße 20 geführt.
- 5) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die erforderlichen Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Errichtung der neuen Grundschule und zur Änderung der Montessori-Grundschule, GGS Gilbachstraße, zu stellen.
- 6) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.7 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2024 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4014/2023**

Herr Fischer, B90/Die Grünen, lehnt die Beschlussvorlage ab, da der Sonntagschutz ein hohes Verfassungsgut sei, das es zu bewahren und achten gelte. Die Stellungnahme der Gewerkschaften wird ausdrücklich begrüßt. Er rügt, dass die Fachverwaltung erneut nicht die Stellungnahme der Kirchen eingeholt habe.

Herr Scheffer, Die Linke, schließt sich den Ausführungen von Herrn Fischer an.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, erklärt, dass man grundsätzlich über eine Sonntagsöffnung nachdenken könne, doch diese müsse dann mit etwas Neuem, einem innovativen Konzept verbunden werden. Dieser Vorschlag sei völlig fantasielos.

Herr Leitner, CDU, stimmt der Beschlussvorlage zu, sieht das kirchliche Votum aber auch als fehlend. Bei einer Sonntagsöffnung ab 13:00 Uhr bestehe jedoch die Möglichkeit der Teilnahme am Gottesdienst.

Herr Polat, SPD, bittet die Fachverwaltung um Erklärung, was als historischer Anlass gelte, die Fitness und Bodymesse sei als historischer Anlass angegeben.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

**3.8 Ordnungsbehördliche Verordnung für die Jahre 2024 - 2026 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4016/2023**

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für die Jahre 2024-2026.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung Die Linke und KlimaFreunde **zugestimmt**.

**3.9 Baubeschluss Generalsanierung des Römisch-Germanischen Museums der Stadt Köln, Roncalliplatz 4, 50667 Köln
2794/2023**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung (Leistungsphase 5-7) sowie der Bauausführung (Leistungsphase 8 und 9) der Sanierung des Römisch Germanischen Museums.

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme liegen bei rund 169 Mio. Euro brutto inklusive Risikokosten gemäß Risikoliste in Höhe von rund 26 Mio. Euro brutto sowie einem Generalunternehmer-Zuschlag in Höhe von rund 20 Mio. Euro brutto.

Die reinen Baukosten (Kostengruppe 200 - Kostengruppe 600) betragen rund 80 Mio. Euro brutto.

Der Rat beschließt die Umsetzung der Baumaßnahme mit Kosten in Höhe von rund 154 Mio. Euro brutto, die bereits beschlossenen Mittel für Planungsleistungen und Bauausführung für vorgezogene Maßnahmen sind hierbei in Abzug gebracht (s. Anl. 2).

2. Der Rat beschließt die Kosten für die Restaurierung und Herrichtung der Exponate der zukünftigen Ausstellung, für deren Transport und Handling, für die inhaltliche Vorbereitung von Ausstellungsmedien und Vermittlungswerkzeugen sowie für die Herstellung haptischer Modelle in Höhe von rund 7,5 Mio. Euro brutto und konsumtive Kosten für folgende Maßnahmen: Beschaffung von Material für die Restaurierung und das Handling der zukünftigen Exponate in Höhe von 355.000 Euro brutto.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 19,1 Mio. Euro im Teilfinanzplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 0403 – Römisch-Germanisches Museum in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen in der Finanzstelle 4512-0403-0-1000 – Sanierung Römisch-Germanisches Museum in den Haushaltsjahren 2023 und 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.10 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr., 50674 Köln-Neustadt/Süd - Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss 3371/2023

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen für den Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Trierer Str. o. Nr. in 50674 Köln-Neustadt/Süd, Gemarkung Köln, Flur 34, Flurstück 621 aufzunehmen. Das Gebäude wird im energetischen Passivhausstandard geplant und ausgeführt.

Dazu ermächtigt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 – 3 auf Basis der HOAI – Gebührenordnung - zu beauftragen sowie die vorab notwendigen Gutachten (Statik, Boden-, Schadstoff-, Lärmschutz, Verkehr etc.) einzuholen.

Die voraussichtlichen Planungskosten für den Neubau des Mehrfamilienhauses betragen für die Leistungsphasen 1-3 HOAI rund 605.000 € brutto

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungsermächtigungen für die Planung in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-1-5127 – Neubau Trierer Str., freigegeben.

Der Rat erkennt in diesem Zusammenhang den Bedarf für die externen Beauftragungen der Leistungsphase 1-9 an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.11 Genehmigung DE - 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
3218/2023/1**

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Gemäß § 36 Abs. 5 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung empfehlen wir dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über

Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlagen 2 und 3 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

**3.12 Genehmigung DE - Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
hier:
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats
3650/2023/1**

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City als Projektbaustein des Bundesförderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ mit Laufzeit bis zum 31.08.2025 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Förderrichtlinie zur Vergabe der Mittel aus den Verfügungsfonds.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt für die Zeitdauer des Förderprogramms die Einrichtung eines Innenstadtbeirates, der über die Förderanträge entscheidet. Der Innenstadtbeirat setzt sich paritätisch aus Akteur*innen der Kölner City und Vertreter*innen der Fraktionen der Bezirksvertretung Innenstadt zusammen. Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt für jede Fraktion jeweils 1 Vertreter*in und 1 Stellvertreter*in. Weiteres stimmberechtigtes Mitglied ist der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales.
3. Der Rat beschließt gem. § 13 (1) der Haushaltssatzung der Stadt Köln für 2023/2024 im Haushaltsjahr 2024 eine abweichende Verwendung von Zuschussmitteln im Teilplan des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Produktgruppe 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen i. H. v. 100.000 €, um entsprechende Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City gewähren zu können. Als Deckung stehen im selben Teilplan entsprechende Minderaufwendungen in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und

Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

**Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ hier:
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats 3650/2023**

Hinweis: Durch die Dringlichkeitsentscheidung TOP 3.12 Vorlagennummer 365072023 erledigt.

**3.13 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ hier:
Geschäftsordnung des Innenstadtbeirats 4123/2023**

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, führt aus, dass laut Beschlussvorlage innovative Konzepte u.a. die Verbindung von Einzelhandel, Kunst, Bildung und Kultur gefördert werden sollen, daher schlägt sie vor, die Zusammensetzung des Innenstadtbeirates unter Nr. 2.4 der Geschäftsordnung ersetzt werden durch eine Vertreterin für 1. den Handelsverband, 2. Haus der Architektur, 3. Kölner Grünstiftung und 4. VHS

Frau Rohde, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, gibt zu Bedenken, dass es um einen eng abgegrenzten Bereich in der Kölner City gehe. Die Akteure aus dem Bereich Einzelhandel und im weitesten Sinne auch Wirtschaft sowie deren Aktionen sollen gut miteinander vernetzt werden. Daher würde man ungern auf die Vertreterinnen von IHK, IG Handelslagen und DEHOGA verzichten.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke unterbricht die Sitzung zur Beratung der Fraktionen von 16:50 Uhr bis 17 Uhr.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, stellt folgenden Änderungsantrag:

zu TOP 2.4 der Geschäftsordnung
stimmberechtigte Akteure:

Handelsverband

Haus der Architektur

Kölner Grünstiftung

VHS

Die unter TOP 2.4 vorgeschlagenen Mitglieder ein*e Vertreter*in der IHK, - ein*e Vertreter*in der IG Handelslagen und - ein*e Vertreter*in der DEHOGA sollen nicht als stimmberechtigte sondern als beratende Mitglieder bestellt werden.

Auf Nachfrage von Herr Leitner, CDU, weist Herr Ruchser, Zentrenmanagement, darauf hin, dass die Initiative für z. B. ein Festival nicht von der Verwaltung, sondern den Antragstellenden ausgehe und man diese nach Möglichkeit bei der Antragstellung unterstütze. Frau Rohde ergänzt, dass die Förderrichtlinie regele, in welchem Rahmen

Förderanträge gestellt werden können. Die Verwaltung und der Innenstadtbeirat haben auf die Ausgestaltung des Antrags Einfluss.

Von den Fraktionen werden als Mitglieder des Innenstadtbeirates folgende Bezirksvertretungsmitglieder benannt:

B90/Die Grünen: Herr Vinçon, Vertreterin Frau Roggenbrodt

SPD: Herr Polat, Vertreter Herr Cremer

CDU: Herr Spilles, Vertreter Herr Leitner

Die Linke: Frau Wienke, Vertreter Herr Scheffer

I. Änderungsantrag:

zu TOP 2.4 der Geschäftsordnung
stimmberechtigte Akteure:

Handelsverband

Haus der Architektur

Kölner Grünstiftung

VHS

Die unter TOP 2.4 vorgeschlagenen Mitglieder ein*e Vertreter*in der IHK, - ein*e Vertreter*in der IG Handelslagen und - ein*e Vertreter*in der DEHOGA sollen nicht als stimmberechtigte sondern als beratende Mitglieder bestellt werden.

Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt für die Fraktionen folgende Mitglieder und Vertretungen:

B90/Die Grünen: Herr Vinçon, Vertreterin Frau Roggenbrodt

SPD: Herr Polat, Vertreter Herr Cremer

CDU: Herr Spilles, Vertreter Herr Leitner

Die Linke: Frau Wienke, Vertreter Herr Scheffer

II. Beschluss so geänderte Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Geschäftsordnung des Innenstadtbeirats mit folgender Änderung:

zu TOP 2.4 der Geschäftsordnung

stimmberechtigte Akteure:

Handelsverband

Haus der Architektur

Kölner Grünstiftung

VHS

Die unter TOP 2.4 vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder ein*e Vertreter*in der IHK, - ein*e Vertreter*in der IG Handelslagen und - ein*e Vertreter*in der DEHOGA sollen als beratende Mitglieder bestellt werden.

Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt für die Fraktionen folgende Mitglieder und Vertretungen:

B90/Die Grünen: Herr Vinçon, Vertreterin Frau Roggenbrodt

SPD: Herr Cremer, Vertreter Herr Polat

CDU: Herr Spilles, Vertreter Herr Leitner

Die Linke: Frau Wienke, Vertreter Herr Scheffer

I. Abstimmung Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2. Abstimmung so ergänzte Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3.14 Genehmigung DE - Förderung der Veedelszüge - Mittelvergabe 4148/2023

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Auszahlung von insgesamt 10.000 € zur Förderung der Veedelszüge an die drei antragsberechtigten Organisatoren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.15 Genehmigung DE - Straßenkarneval 2024 – Durchführung einer dezentralen Veranstaltung – Entscheidung und Mittelvergabe 4134/2023

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat befürwortet eine dezentrale Veranstaltung zu Weiberfastnacht 2024 auf dem Hohenstaufering seitens eines externen Veranstalters, vorbehaltlich der Zustimmung der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden zum Sicherheitskonzept, um einen Beitrag zur Entlastung des Zülpicher Viertels zu gewährleisten.
2. Der Rat stimmt der Förderung in Höhe von insgesamt 320.000 € zur Umsetzung einer dezentralen Veranstaltung auf dem Hohenstaufering an Weiberfastnacht 2024 zu
3. Der Rat stimmt der Übernahme der dem externen Veranstalter entstandenen und angefallenen Planungs- sowie ggfs. Reservierungs- und Stornierungskosten zu, sofern sich die Veranstaltung aus Gründen, die nicht im Einflussbereich des Veranstalters liegen, nicht umgesetzt werden kann.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach Weiberfastnacht 2024 in einer Mitteilung an den AVR die Auswirkungen der dezentralen Veranstaltung zu beurteilen
5. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Handlungsoptionen für den 11.11. im Jahr 2024 zu eruiieren und vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, CDU, Die Linke und Die Partei gegen die SPD bei Enthaltung KlimaFreunde **zugestimmt**.

3.16 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für das 1. und 2. Halbjahr 2024 4048/2023

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2024
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Spezialmarkts „Antik- und Designmarkt“ vom 05.04. bis 07.04.2024 (inkl. Auf- und Abbau 04.04. bis 07.04.2024)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im Vorgriff für das 2. Halbjahr 2024
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des „Street Food & Music Festival“ vom 16.08. bis 18.08.2024 (inkl. Auf- und Abbau vom 15.08. bis 19.08.2024)
 - b. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - des Spezialmarkts „Antik- und Designmarkt“ vom 11.10. bis 13.10.2024 (inkl. Auf- und Abbau 10.10. bis 13.10.2024)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.17 Erweiterter Planungsbeschluss für die Nachrüstung von zwei Zugangstreppen an der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz sowie das Führen eines 2. Aufzugs an die Oberfläche im Rahmen der Aufzugsnachrüstung 2996/2023

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, begrüßt die Barrierefreiheit, die Aufzüge und das Entfallen des freilaufenden Rechtsabbiegers, jedoch bittet er die Bäume an der Nordseite der Straße Friesenplatz möglichst zu bewahren. Er stellt folgenden Ergänzungsantrag: „Die Bäume an der Nordseite der Straße Friesenplatz sollen bewahrt bzw. durch gleichwertige Ersatzpflanzungen auf dem Friesenplatz ersetzt werden. Die Planungen sollen in einem Ortstermin der Bezirksvertretung Innenstadt vorgestellt werden.“

I. Ergänzungsantrag (B90/Die Grünen):

Die Bäume an der Nordseite der Straße Friesenplatz sollen bewahrt bzw. durch gleichwertige Ersatzpflanzungen auf dem Friesenplatz ersetzt werden. Die Planungen sollen in einem Ortstermin der Bezirksvertretung Innenstadt vorgestellt werden.

II. Ergänzter Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung von zwei zusätzlichen Treppenanlagen an der Stadtbahnhaltestelle Friesenplatz, um Anforderungen aus dem Brandschutzkonzept zu erfüllen, sowie zur Verbesserung der Zugänglichkeit das Führen eines 2. Aufzuges von der Verteilerebene an die Oberfläche. Die voraussichtlichen Gesamtplanungskosten betragen rund 11.000.000 € brutto.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 5.000.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027 (500.000 € in 2025, 500.000 € in 2026, 4.000.000 € in 2027) im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6903-1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Aufzügen -, im Haushaltsjahr 2024.

Die Bäume an der Nordseite der Straße Friesenplatz sollen bewahrt bzw. durch gleichwertige Ersatzpflanzungen auf dem Friesenplatz ersetzt werden. Die Planungen sollen in einem Ortstermin der Bezirksvertretung Innenstadt vorgestellt werden.

**I. Abstimmungsergebnis Ergänzungsantrag (B90/Die Grünen):
Einstimmig zugestimmt**

**II. Abstimmungsergebnis ergänzte Beschlussvorlage:
Einstimmig zugestimmt.**

**3.18 Neue Geh- und Radwegebrücke südlich der Hohenzollernbrücke
Erweiterter Planungsbeschluss
0200/2023**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stellt die Vorlage zurück. Sie soll in einer gemeinsamen Sondersitzung mit dem Verkehrsausschuss beraten werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.19 Bewirtschaftung von Parkplätzen an städtischen Schulen; Modifizierung
Ratsbeschluss 2131/2012
1048/2023**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stellt die Vorlage zurück.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**3.20 Veedelszüge in der Innenstadt - Mittelvergabe 2024
0332/2024**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vergibt die Mittel zur Förderung der Veedelszüge im Stadtbezirk Innenstadt in Höhe von insgesamt 10.000 € gem. dem von ihr am 25.11.2023 beschlossenen Förderprogramm wie folgt:

Jan von Werth	650 €
IG Deutzer Dienstagszug	3.450 €
AG Südstadtzug	5.900 €

**Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.**

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche 2892/2023

Herr Bezirksbürgermeister Hupke erinnert an den gemeinsamen Ortstermin mit den Petentinnen.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, stellt folgenden Ersetzungsantrag: „Die Bezirksvertretung beschließt das Aufstellen eines Bücherschranks auf dem Spielplatz Buschgasse/An der Eiche. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem Förderverein des Musikhaus Süd, der die Patenschaft für den Bücherschrank übernimmt, einen geeigneten Standort in unmittelbarer Nähe des Musikhaus an östlicher Seite zur Annostraße grenzend zu finden.“

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt der Petentin für die oben genannte Eingabe.

Die Bezirksvertretung beschließt das Aufstellen eines Bücherschranks auf dem Spielplatz Buschgasse/An der Eiche. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem Förderverein des Musikhaus Süd, der die Patenschaft für den Bücherschrank übernimmt, einen geeigneten Standort in unmittelbarer Nähe des Musikhaus an östlicher Seite zur Annostraße grenzend zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Leitner war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD AN/1311/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung stellt den Antrag bis zur Durchführung eines Fachgesprächs zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.1.2 Parken von Wohnmobilen/Wohnanhängern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Antrag SPD und Die Partei AN/1955/2023

Herr Cremer, SPD, teilt mit, dass er einen vorgesehenen Ersetzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen übernehmen würde.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, stellt folgenden Ersetzungsantrag: „Die Verwaltung wird beauftragt im Stadtbezirk vermehrt das ggf. verbotswidrige Abstellen von Wohnmobilen und Wohnanhängern zu überprüfen und nach Möglichkeit dagegen vorzugehen.“ Aufgrund des hohen Parkdrucks und der beengten Flächen in der Innenstadt, sei ein dauerhaftes Parken von Wohnmobilen oder Wohnanhängern in der Innenstadt nicht sinnvoll. Kurzzeitparken von Wohnmobilen z. B. vor oder nach dem Urlaub sei nachvollziehbar. Bewohnerparkausweise für Wohnmobile unter 5,60 m würden nur in besonderen Ausnahmefällen ausgestellt. Appelle an Autobesitzer besser zu parken seien von schwieriger Wirksamkeit. Aus den vorgenannten Gründen, wurde der ursprüngliche Antrag um diese Positionen gekürzt.

Herr Schmitz, CDU, meldet Beratungsbedarf an.

Herr Cremer, SPD, möchte den Antrag heute zur Abstimmung bringen, da er bereits seit der letzten Sitzung auf der Tagesordnung stehe.

Frau Wienke, Die Linke, berichtet aus einer Sitzung des Verkehrsausschusses, dass sie der Aussage der Sprecherin der CDU im Verkehrsausschuss, grundsätzlich das Wohnmobilparken in der Innenstadt und in Wohngebieten zu untersagen, zustimme.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt im Stadtbezirk vermehrt das ggf. verbotswidrige Abstellen von Wohnmobilen und Wohnanhängern zu überprüfen und nach Möglichkeit dagegen vorzugehen.

.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung CDU.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Überweg Rheinuferstraße Römerpark Richtung Rheinufer/Kap am Südkai gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/0029/2024

Herr Leitner, CDU, bittet nach Rücksprache mit dem Fachamt zu dem Ortstermin unbedingt noch den Radbereich und die KVB einzuladen. Nach einem früheren Ortstermin seien die Grünzeiten für den Fußverkehr verlängert worden.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, weist darauf hin, dass es bei dem früheren Ortstermin noch keinen Fußgängerbeauftragten gab und daher ein neuer Ortstermin stattfinden soll. Sie ergänzt, dass die Situation nicht nur von den Ampelphasen, sondern die Aufstellfläche in der Mitte viel zu gering für das Aufkommen von Fußgängerinnen und Fußgängern sei. Da es auch die Querung für Radfahrer und Radfahrerinnen gebe, sei die Einladung von ADFC und VCD sinnvoll.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, eine größere Aufstellfläche und eine längere Grünphase an der Ampel am Überweg Rheinuferstraße Römerpark Richtung Rheinufer/Kap am Südkai zu errichten.

Zudem soll geprüft werden, wie der Fuß- und Radverkehr an der Rheinuferstraße getrennt werden kann. Dazu können auch Überlegungen einfließen, eine Autospur für

den Radverkehr freizugeben (ähnlich wie an der Rheinuferstraße in Höhe des Schokoladenmuseums bis zum Rheinufertunnel). Es soll ein Ortstermin mit der Fachverwaltung inkl. Fußgängerbeauftragten, **ADFC, VCD und KVB** anberaumt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.2 Neuordnung von Parkraum am Düxer Bock, Antrag CDU
AN/0037/2024**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz stellt den Antrag zurück mit der Maßgabe den Ortstermin vor dem Beschluss über den Antrag durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.3 Freigabe Altenberger Straße für den Radverkehr, gem. Antrag Die Linke
und KlimaFreunde
AN/2187/2023**

Frau Dr. Börschel, SPD, fragt warum an dieser Stelle, die keine hochfrequentierte Fahrradstrecke sei, eine beidseitige Öffnung erfolgen soll.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, führt aus, dass dies zum einen die Zufahrt zur Rückseite des Bahnhofs – Breslauer Platz – sei und zum anderen werde die neue Fahrradstraße Clever Straße dort münden.

Beschluss:

1.) Die Verwaltung wird gebeten, die Altenberger Straße in beiden Richtungen für den Radverkehr freizugeben.

2.) Die Verwaltung wird gebeten, die Einbahnstraßenschilder in der Altenberger Straße direkt an die Kreuzung Altenberger Straße/Johannisstraße zu versetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der SPD.

**5.2.4 Erbbaurechtsvertrag Gotland e.V., gem. Dringlichkeitsantrag B90/Die
Grünen, SPD, CDU, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei
AN/0156/2024**

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem Verein Gotland e.V. bis zum 28.02.2024 ein Erbbaurechtsvertrag über das Gebäude und Außengelände der ehemaligen Kindertagesstätte Gotland im Volksgarten abzuschließen.

Die Bezirksverwaltung ist durch eine Mitteilung in der Sitzung vom 07. März 2024 über den Vertragsabschluss zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter**
- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne
AN/0153/2023**
- 6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage
B90/Die Grünen
AN/0244/2023**
- 6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer
Grüngürtel
AN/0425/2023**
- 6.1.4 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag
AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen
AN/0814/2023**
- 6.1.5 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage
B90/Die Grünen
AN/1451/2023**
- Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-
Fraktion aus der Sitzung der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) vom
24.08.2023 (Session-Nr. AN/1451/2023) betreffend „Sachstand Entsiege-
lung und Umbau Maternuskirchplatz“
4145/2023**
- Frau Kosubek, B90/Die Grünen, bittet das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Beschluss datiere von 2012, nun werde eine erneute Sachstandsmitteilung erst für I/2025 angekündigt.
- 6.1.6 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, An-
frage B90/Die Grünen
AN/1772/2023**
- 6.1.7 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen
AN/1814/2023**
- 6.1.8 Sanierung des Quäker-Nachbarschaftsheims/Norbert-Burger-Bürger-
zentrum, Anfrage SPD
AN/1957/2023**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Projekt „Überprüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus“
Hier: Handlungsempfehlung für die Mohrenstraße in Köln-Altstadt/Nord
3020/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.2 Temporäre Einrichtung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen auf der
Trankgasse
2818/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.3 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO– Blindenleitstreifen Deutzer
Bahnhof, Aktenzeichen: 96/23
3932/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.4 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO - Vermüllung und Verwahrlo-
sung öffentlicher Flächen im Bereich Grünflächen Zoo-/Flora-Umfeld,
Aktenzeichen 162/23
3951/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.5 Sportentwicklungsplanung: Modellprojekt Innovation durch öffentliche
Sportangebote – Rückblick „Kölle aktiv“ 2023 und Ausblick 2024
3803/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO - Verkehrsversuche in Köln /
Überprüfung des Eifelwalls, Aktenzeichen 150/23
3966/2023**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**9.7 Aktionsplan Klimaschutz
4000/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.8 Sachstand zum Pilotprojekt für die Reinigung schadstoffbelasteter Luft in Städten
0035/2023/3**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.9 40. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
4165/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.10 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Parken in der Deutz-Kalker-Straße, Köln-Deutz, Aktenzeichen: 93/23
0107/2024**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, teilt mit, dass zahlreiche Parkplätze von 9-23 Uhr für das Kurzzeitparken ausgeschildert seien, was für die Anwohner höchst ärgerlich sei, weil der gesamte Arenaverkehr dorthin ausweiche. Zu diesem Thema werde ggf. ein Antrag eingebracht.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.11 Teileinziehung von Straßenteilstücken im Bereich der Ehrenstraße und der Breite Straße
0065/2024**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**9.12 Deutzer Hafen – Wettbewerb Baufeld Ost 03
Hier: Auslobung eines nichtoffenen hochbaulichen Realisierungswettbewerbs nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013)
0108/2024**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.13 Ergebnisse der Überprüfung bereits umgesetzter verkehrlicher Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs auf Rechtmäßigkeit
3215/2023**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**9.14 Teileinziehung von Straßen und Straßenteilstücken im Bereich der Altstadt
0027/2024**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**9.15 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Gesperre Zülpicher Straße-Schleichweg über die Uni-Wiese, Aktenzeichen 172/23
0159/2024**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.16 Sachstand Alfred-Schütte-Allee
4036/2023**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.17 Sachstandsbericht
0340/2024**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**9.18 Weihnachtsverkehr 2023
0304/2024**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

**9.19 Auswertung Verkehrsversuch Deutzer Freiheit
3252/2023**

Die Mitteilung wurde zurückgestellt.

gez. Hupke
Vorsitz

gez. Brohl
Schriftführung